



**Gemeinderat Graz:
Damit Sie wissen, was im Rathaus vorgeht!**

Gemeinderatssitzung 5. Juli 2018



GRAZ
www.kpoe-graz.at

KPO informiert:

Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs Nr. 7 / 2018

Erfolg: Steiermarkweite Volksbefragung über Olympia

Druck von unten hat gewirkt

Die Entscheidung, dass nun eine steiermarkweite Volksbefragung über Olympia 2026 stattfinden soll, ist für die KPÖ ein Erfolg. Selbst Bürgermeister Nagl, der eine Volksbefragung immer abgelehnt hatte, war gezwungen einzulenken.

„Wichtig ist, dass die Volksbefragung stattfindet, bevor

der Bewerberstatus für Graz beschlossen wird, damit unnötige Ausgaben für die Stadt möglichst vermieden werden können“, betont die Grazer Stadträtin Elke Kahr (KPÖ), die daran erinnert, dass allein bis zur Entscheidung über die Vergabe im Herbst 2019 durch das IOC 6 bis 7 Millionen an öffentlichen Geldern fließen sollen.

KOMMENTAR

von Gesundheitsstadtrat
Robert Krotzer

Gesundheits- schädliche Regierung



Wider besseres Wissen haben ÖVP und FPÖ die 12-Stunden-Tag durchs Parlament gepeitscht. Ein Antrag, der dagegen Stellung bezogen hat, scheiterte auch im Grazer Gemeinderat an der schwarz-blauen Mauer. Dabei sind sich Ärztinnen und Ärzte einig: Der 12-Stunden-Tag gefährdet die Gesundheit.

Dass es müde macht, wenn man länger arbeitet, leuchtet allen ein. Schwarz-Blau kümmert das nicht. Arbeitsunfälle werden sich also häufen und für viele wird auch der Heimweg zur Gefahr.

Dass Herz-Kreislauf-Erkrankungen und das Burnout-Risiko steigen, wenn man über einen langen Zeitraum 60 Stunden arbeiten muss, ist erwiesen. Bei 55 Arbeitsstunden pro Woche steigt das Schlaganfall-Risiko um 33 Prozent und das Herzinfarkt-Risiko um 13 Prozent.

Wichtig wird in Zukunft vor allem eines sein: Die arbeitenden Menschen müssen solidarisch zusammenhalten! Denn nur gemeinsam kann es gelingen, weitere Verschlechterungen abzuwehren und Verbesserungen zu erreichen.

Ihr **STADTRAT ROBERT KROTZER**

KOMMENTAR



11.200 Stimmen für die Demokratie

Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

Jetzt ist es fix: Die Volksbefragung über Olympia 2026 in Graz soll nun doch stattfinden, und zwar steiermarkweit. Dass in diesem Punkt ein Umdenken stattgefunden hat ist Ihnen, liebe Grazerinnen und Grazer, zu verdanken. Mit ihren mehr als 11.200 Unterschriften haben Sie der Forderung „Kein Olympia ohne Volksbefragung“ Nachdruck verliehen und diesen Schritt ermöglicht.

Viele Ausgaben, die auf Graz zukommen würden, werden in der Olympia-Machbarkeitsstudie gar nicht beziffert, unter anderem der Bau einer Halle für die Eröffnungszeremonie, die Platz für 40.000 Zuschauer* bieten soll und die nach den Spielen wieder rückgebaut werden müsste, Ausgaben für Straßen, Sicherheitskosten, Transportkosten und vieles mehr. Daher sollte eine ehrliche und ausgewogene Information darüber, was auf die Bevölkerung zukommt, die Grundlage für die Befragung sein.

Ihre **STADTRÄTIN ELKE KAHR**
Rathaus, 2. Stock, Tür 236, Tel. 0316 / 872-20 60

*) Empfehlung des Internationalen Olympischen Komitees

VOLKSBEFRAGUNG OLYMPIA

Lieber erst
denken
als hinterher
zahlen



KPO
www.kpoe-graz.at

SozialCard – Verbesserung für Berufstätige

Auf eine Ungleichbehandlung bei der SozialCard weist Gemeinderätin **Uli Taberhofer** mit einem Antrag hin. „Die GIS-Gebührenbefreiung muss bei der Beantragung vorgelegt werden. Wer aber keine Transferleistungen vom Staat, wie etwa Pension, Mindestsicherung oder Arbeitslosengeld, be-



kommt, sondern nur ein geringes Arbeitseinkommen nachweisen kann, bekommt keine GIS-Befreiung und auch keine SozialCard“, erläuterte Taberhofer. „Das ist ungerecht, widerspricht

jeglicher Logik und muss geändert werden.“ Jetzt wird das Sozialamt einer Änderung der Voraussetzungen für die SozialCard prüfen.

Pfandsystem gegen Plastikmüll-Flut

Kunststoffmüll und Mikroplastik bedrohen zunehmend Gewässer und Küsten. Es muss dringend gehandelt werden. Mit ihrem Antrag im Gemeinderat forderte KPÖ-Umweltsprecherin **Elke Heinrichs**, dass die Bundesregierung mittels Petition ausgefordert wird, dringend notwendige



Schritte einzuleiten: „Der Bund soll die gesetzlichen Voraussetzungen zur Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems nach deutschem Vorbild auf diverse Einweggebinde schaffen“,

forderte die Gemeinderätin. Die mehrheitliche Zustimmung im Gemeinderat ist ein Erfolg und ein erster Schritt im Kampf gegen den Plastikmüll.

Weniger Konflikte – mehr Platz für Hunde

Im Josef-Huber-Park gibt es zwar eine ausgewiesene Hundezone, allerdings ohne Begrenzung. Daher besteht dort Leinenpflicht. „HundehalterInnen wünschen sich für ihre Lieblinge, dass sie auch freilaufen dürfen“, weiß Gemeinderätin **Sigrid Zitek**. Mit ihrem Antrag machte sie sich daher für eine eingezäunte Hundewiese stark.



Mehr Service für Badegäste

Für die Badegäste des Hallenbades in der Auster setzt sich KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** ein: Trotz hoher Eintrittspreise ist das Schwimmvergnügen nämlich nicht immer gesichert. „Tagtäglich werden mehrere Bahnen an verschiedenen Vereinen vermietet, oftmals ist



das Sportbad sogar für mehrere Tage komplett gesperrt“, weiß Sikora. Er machte den Umstand in der Gemeinderatssitzung zum Thema. Künftig sollen zumindest Saisonkartenbesitzer regelmäßig über bevorstehende Sperren informiert werden.

Schneller zum Wochengeld

Momentan gibt es in Graz Verzögerungen bei der Ausstellung von Geburtsurkunden. Bis zu vier Wochen kann dies dauern. „Da erst nach Einreichen der Urkunde bei der GKK das Wochengeld ausgezahlt wird, führt das vor allem bei alleinerziehenden Frauen, aber auch bei Familien mit geringem Einkommen zu

unverschuldeten Not-situationen“, berichtete KPÖ Gemeinderat **Kurt Luttenberger**. Er setzte sich dafür ein, dass das Personal im Standesamt aufgestockt wird.



Nachpflanzungen nach Sturmschäden

Der starke Sturm vor einigen Wochen hat dem Stadtpark und dem Schloßberg stark zugesetzt. „Bei der Wiederbepflanzung dieses Landschaftsschutzgebietes muss sensibel vorgegangen werden“, betonte



Christa Braunersreuther. Deshalb forderte sie, dass ein Fachgremium aus stadtinternen und externen Experten einen Maßnahmenplan zur raschen Wiederherstellung dieser kulturhistorischen (Garten)denkmäler erarbeitet.

Stadt gibt Kontrolle über Energie Graz ab



Weil die Stadt ihre letzten Anteile an der Energie Graz an die Holding Graz verkauft, verliert der Gemeinderat künftig alle Möglichkeiten der Einsichtnahme in die Bilanzen und Wirtschaftspläne des Energieversorgers. ÖVP, FPÖ und Neos haben das im Gemeinderat beschlossen. Die KPÖ hat gegen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums gestimmt. „Der Verkauf bedeutet auch, dass der

Gemeinderat in Zukunft nicht mehr mitreden kann, wenn die Energie Graz ihre Strom-, Gas- oder Fernwärmetarife anhebt“, machte Gemeinderat **Manfred Eber** deutlich.

Augarten: Bürgerbeteiligung unerwünscht?

Im Zuge der Umsetzung des Murkraftwerksprojektes ist eine einschneidende Umgestaltung des Augartenparks geplant. Auf einer Fläche von rund 6300 m² soll das Gelände zwischen Augartenbrücke und Augartensteg abgesenkt werden. Dadurch würden große Flächen des bekannten Parks, wegfallen bzw. stark verändert. Der Radweg soll mitten durch

den Park umgeleitet werden. Auch zahlreiche Bäume müssten weichen. „Bevor eine derart gravierende Veränderung des sehr beliebten Parks stattfindet, sollten seine Nutzerinnen und Nutzer mitreden können“, betont Gemeinderätin **Christine Braunersreuther**. Die KPÖ hat gegen die geplante Umsetzung der Pläne ohne Bürgerbeteiligung gestimmt.

Weitere Initiativen der KPÖ im GRAZER Gemeinderat (5.7.2018)

- ⇒ Neues Postamt im Telekomhaus in Gries – Christian Sikora
- ⇒ Gedenktafel mit Würdigung von Maria Cäsar – Manfred Eber
- ⇒ Generationenspielplätze ausbauen – Christian Sikora
- ⇒ Jugendzentrum Gries – Christian Sikora